

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 22. Mai 1969

VERTRAULICH

Gespräch mit Bundesminister Waldheim (im Rahmen des
Staatsbesuches von Bundespräsident Jonas)

20. Mai 1969

Teilnehmer:

(österreichischerseits)

Herren Bundesminister Waldheim
Botschafter Halusa
Botschafter Bielka
Botschaftsrat Schallenberg

(schweizerischerseits)

Herren Bundesrat Spühler
Botschafter Micheli
Botschafter Thalmann
Botschafter Jolles
Botschafter Weitnauer
Botschafter Escher
Dr. Miesch
Dr. Hugentobler
Dr. Kaufmann (Protokoll)

Beginn des Gespräches : 16.15 Uhr

Herr Spühler begrüsst die Gäste und dankt für die Gelegenheit zum Gespräch. - Irgendeine Agenda dafür besteht schweizerischerseits nicht; es dürfte zweckmässig sein, an die Themen anzuknüpfen, die er kürzlich in Genf mit Herrn Minister Waldheim zu besprechen Gelegenheit hatte: z.B. Europäische Sicherheitskonferenz, Zehnerklub, Oststaaten.

Herr Waldheim dankt seinerseits für die Gelegenheit zur Kontaktnahme im Rahmen der Arbeitsbesprechung. Er ist mit dem von Herrn Spühler genannten Vorgehen einverstanden.



-- 2 --

Was die Sicherheitskonferenz betrifft, so hat sich Wien mit dieser Frage schon vor dem Budapester Appell eingehend befasst, beispielsweise im Zusammenhang mit den beiden Besuchen in Moskau im Jahre 1968. Die Sowjets klagten, die Weststaaten äusserten sich zum Problem freundlich, bezögen aber nicht klar Stellung dafür. Er, Waldheim, machte dann Gromyko darauf aufmerksam, dass inzwischen der Zehnerklub, auf Anregung Luns', sich mit dem Problem zu befassen begonnen habe. Gromykos Reaktion war eher negativ, weil für ihn der Zehnerklub nicht habilitiert sei, sich mit der Frage einer Sicherheitskonferenz zu befassen; es liege nicht im Sinne der sowjetischen Politik, diesbezügliche Vorstösse des Zehnerklubs, der sich selbst ernannt habe, zu unterstützen. Waldheim erwiderte, der Klub erfülle democh eine nützliche Funktion, da er sich aus Staaten aus dem Westen, dem Osten und aus Neutralen zusammensetze. - Bei diesen Gesprächen vor Budapest wies Wien darauf hin, dass es wohl zweckmässig sein dürfte, zuerst allgemein die gesanteuropäische Zusammenarbeit zu intensivieren und dann in diesem verbesserten Klima an die Frage einer Sicherheitskonferenz heranzugehen. - Die Sowjets reagierten vorerst positiv, schwenkten dann auf die Linie um, dass besser beides gleichzeitig unternommen werden sollte und stellten schliesslich, noch immer vor der Tschechoslowakei-Krise, das Ziel der Sicherheitskonferenz eindeutig in den Vordergrund (ohne die Nützlichkeit der Zusammenarbeit abzustreiten).

Der Budapester Appell kam für Wien nicht überraschend. Die österreichische Haltung in dieser Hinsicht entspricht - und entsprach schon vorher - jener der übrigen westeuropäischen Staaten: sie ist grundsätzlich positiv, macht aber eine gute Vorbereitung und die Teilnahme aller interessierten Staaten, inkl. die USA, zur Vorbedingung. Wien hat übrigens den Eindruck, dass Moskau eine Teilnahme der USA und Kanadas zulässt, aber gleichzeitig die Teilnahme der DDR verlangt. Trotz spürbarem Drängen Moskaus, dass Wien in dieser Frage eine aktivere Rolle einnehmen solle, hat Oesterreich seine Haltung nicht geändert; denn der Erfolg einer Sicherheitskonferenz ist ja noch unsicher, und ein Misserfolg wäre als Resultat schwerwiegender als gar keine Konferenz.

./.

- 3 -

Der in der Zwischenzeit erfolgte finnische Vorstoss dürfte in den Augen Wiens nach entsprechenden Interventionen Moskaus erfolgt sein, und zwar hat ihn wahrscheinlich Kekkonen selbst veranlasst. Indessen ist man auch finnischerseits eher skeptisch und rechnet mit langen Fristen bis zum Zustandekommen.

Wien wird weiterhin eine beobachtende Position einnehmen. Insbesondere besteht nicht die Absicht, Wien als Konferenzort vorzuschlagen.

Zur Frage der Ost-West-Politik: nach den Ereignissen des vergangenen Augusts hat die allgemeine Entspannungspolitik, für die sich Wien einsetzte, einen Rückschlag erlitten. Aber eine mögliche Alternative zur Politik der Entspannung besteht nicht, und dieser Meinung sind auch verschiedene andere westliche Staaten. Unmittelbar nach der Intervention hat allerdings Wien zwei vorgesehene Staatsbesuche (des bulgarischen und des ungarischen Ministerpräsidenten) abgesagt. Inzwischen fand der bulgarische Besuch statt (die Öffentlichkeit zeigte sich ziemlich teilnahmslos) und der ungarische steht vor der Verwirklichung (er wird weniger heikel sein als der bulgarische, da Ungarn unter den Interventionsmächten die vernünftigste Haltung einnahm, was z.B. auch in Belgrad anerkannt wird; auch konnte die Frage der Entschädigungen, anders als bei den übrigen Oststaaten, mit Ungarn in einem Kompromiss gelöst werden; und Ungarn ist bestrebt, an seiner Grenze zu Oesterreich den "Eisernen Vorhang" zu lockern.)

Wien ist gewillt, seine Kontakte auch mit andern Warschaupakt-Staaten fortzusetzen. Das Verhältnis zur CSSR ist durch die Entschädigungsfrage ziemlich belastet (Oesterreich ist in Prag lediglich durch einen Gesandten vertreten), und eine Normalisierung ist schwer, solange in dieser Frage keine Lösung sichtbar ist. An sich scheint in Prag die Einsicht vorhanden, dass eine Regelung nötig ist, doch hat sich heute die finanzielle Lage wieder so verschlechtert, dass irgendwelche Zahlungen seitens Prags ausgeschlossen scheinen; eine Möglichkeit läge in der Intensivierung des Handels, wobei tschechoslowakische Exporterlöse mit den Entschädigungsforderungen verrechnet würden. Mit Bezug auf Frankreich muss vorläufig abgewartet werden, wer neuer Präsident wird und welchen Kurs er einschlagen wird. Dramatische Änderungen sind aber so oder so weder in der Ostpolitik noch in der Integrationsfrage zu erwarten. Eine etwas flexiblere französische Haltung in der Integrationsfrage ist allerdings nicht auszuschliessen.

In dieser letzteren Frage herrscht in Wien der Eindruck, dass momentan allgemein eine Wartestellung bezogen wird; Dies nicht nur im Hinblick auf Frankreich, sondern auch im Hinblick auf die kommenden deutschen Wahlen. Diese Meinung dürfte mit der schweizerischen identisch sein. In Wien jedenfalls besteht nicht die Absicht, jetzt nach neuen Wegen Ausschau zu halten, sondern es herrscht die Meinung, dass die deutsch-französischen Vorschläge betreffend Handelsarrangements weiter unterstützt werden sollten (obschon die Erfolgsaussichten wegen der britischen Haltung skeptisch beurteilt werden). -

Rey hat in Wien angetönt, nachdem offensichtlich die Chancen für Arrangements gering seien, sollte man österreichischerseits prüfen, ob nicht wieder der Weg über einen Vertrag besonderer Art eingeschlagen werden solle; vielleicht liesse sich in Brüssel etwas erreichen, besonders auch im Hinblick auf eine Aufhebung des italienischen Vetos. - Wien sieht die Sache als nicht so einfach an, insbesondere ist auch nicht abzusehen, wann das italienische Veto aufgehoben wird. (Obschon in der Südtirolfrage praktische Fortschritte festzustellen sind - besonders in den bilateralen Verhandlungen - hat sich doch plötzlich gezeigt, dass das Paket der italienischen Konzessionen in Bozen und in Rom verschieden beurteilt wird: Rom wirft Bozen vor, neue Forderungen vorzubringen, was von den Südtirolern bestritten wird.) Schon daraus ergibt sich, dass kein Anlass zu übergroßem Optimismus vorliegt; und zudem ist das italienische Veto ja nur ein Teil der österreichischen Integrationsproblematik. - Vorausgesetzt, dass sich nicht auf Grund einer veränderten französischen Politik neue Gesichtspunkte ergeben, wird sich die Haltung Wiens nicht ändern (im andern Falle würde Wien aber jedenfalls mit Bern Fühlung aufnehmen).

Herr Spühler dankt für die Informationen. Mit Bezug auf die europäische Sicherheitskonferenz deckt sich die schweizerische Haltung ziemlich mit der österreichischen: man wird sich dem Vorschlag nicht entziehen können, sofern die vom Standpunkt der Schweiz aus zu machenden Bedingungen erfüllt werden; diese Bedingungen entsprechen den österreichischen: gründliche Vorbereitung (Agenda, allfällige zur Diskussion zu stellende Abkommen, Kreis der Teilnehmer - Einschluss der USA und Kanadas, und zwar schon in die Vorkonferenz, weil den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechend).

Nach schweizerischer Auffassung sollten zwei Stufen zu einer Konferenz führen: erst bilaterale Vorbereitung, dann eine Vorkonferenz inkl. USA und Kanada; für die Schweiz ist zudem wichtig, dass das Problem der europäischen Sicherheit nicht vermengt wird mit Problemen der Kriegsfolge (z.B. Festsetzung von Grenzen etc.); letztere sind für einen neutralen Staat nicht diskutierbar, und die Konferenz sollte deshalb auf die Sicherheitsfrage beschränkt bleiben. - Was eine Teilnahme der DDR betrifft, so dürfte sie in schweizerischer Sicht, nachdem es Aufgabe der Konferenz ist, alle europäischen Staaten an einen Tisch zu führen, in bezug auf die Anerkennungsfrage nicht präjudizierend wirken. Andererseits lässt sich schwer vorstellen, dass das Problem BRD - DDR nicht doch in diesem Zusammenhang irgendwie einer Lösung nähergebracht wird, nachdem die Konferenz ja den Status quo in Europa, wie ihn die UdSSR sich vorstellt, festlegen soll.

In schweizerischer Auffassung ist es nicht undenkbar, dass die kleinen neutralen Staaten hier eine Aufgabe wahrzunehmen haben, und wäre es nur die Rolle eines Ausgleiches. Jedenfalls sollten die kleinen und mittleren Staaten von Anfang an eine selbständige Haltung einnehmen und nicht bloss als Mittläufer auftreten. - Indessen wird die Schweiz keinerlei Initiativen ergreifen, insbesondere nicht mit Bezug auf Genf. Karjalainen, den Spühler in Genf sprach, betonte, die finnische Initiative stelle keine Einladung dar, sondern nur eine Bereitschafts-Erklärung.

Was die West-Ost-Beziehungen betrifft, so gibt es auch nach schweizerischer Auffassung keine Alternative zur Entspannung. Diese aber beruht auf der Grundlage des Vertrauens, und gerade dieses wurde durch die Ereignisse in der CSSR erschüttert. Aber man kann die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass niemand zur Verteidigung der CSSR aufgestanden ist, und dass alles wie vorher weitergeht; das bedeutet eine stillschweigende Anerkennung des sowjetischen Standpunkts, dass die CSSR in den Machtbereich des Ostblockes gehört. Bilateral liegen schweizerischerseits zu den Oststaaten keinerlei belastende Probleme mehr vor; lediglich mit Ungarn ist noch eine Vermögensfrage hängig. Das ist aber nicht schwerwiegend. Anders ist es hingegen bei der DDR; abgesehen vom politischen Aspekt steht dieses

Problem - das nicht zur Diskussion gestellt ist - unter dem Schatten der grossen schweizerischen Ansprüche gegenüber dem andern Teil des ehemaligen III. Reiches.

Betreffend Frankreich teilt Herr Spühler die Ansicht von Herrn Waldheim. Die Entwicklung nach den Wahlen muss abgewartet werden. So oder so ist aber doch eine gewisse Lockerung in der französischen Haltung gegenüber der übrigen Welt zu erwarten. Der Versuch zur "détente" gegenüber dem Osten wird weitergeführt werden, vielleicht - angesichts bisheriger magerer Resultate - mit grösserer Skepsis. Auch in der Integrationsfrage ist mit einer grösseren Flexibilität zu rechnen, ohne dass allerdings spektakuläre Aenderungen bevorstehen dürften; dies würde der Haltung des französischen Bürgers und der französischen Politik nicht entsprechen (die EVG scheiterte an Frankreich, bevor de Gaulle am Ruder war). Zudem hat auch in den EWG-Staaten, die bisher für England eintraten, eine gewisse Ernüchterung eingesetzt.

Im Auftrage des Bundespräsidenten dankt Herr Spühler in diesem Zusammenhang Herrn Waldheim für seine Erklärungen in Genf in der Integrationsfrage.

Was die Handelsarrangements betrifft, so ist Herr Spühler skeptisch. Schweizerischerseits wurden sie als Möglichkeit begrüsst, doch haben sie heute wohl weniger Chancen als vorher. Denn wenn diese Arrangements möglich wären, dürfte wohl auch mehr als nur sie möglich sein. Aber es scheint heute, dass in der Frage der europäischen Integration Politik und Wirtschaft mehr und mehr getrennt werden; die Idee der politischen Einigung Europas scheint nicht mehr über die wirtschaftliche Einigung erstrebt zu werden, und sie dürfte Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie von der Wirtschaft getrennt wird.

Herr Jolles ergänzt, dass die europäische Integrationsbewegung durch zwei Aspekte gekennzeichnet wird; erstens die harten wirtschaftlichen Tatsachen (die EWG hat schwierige Probleme zu lösen, um die Uebergangsphase abzuschliessen, so z.B. die Agrarfinanzierung; andererseits die schlechte Wirtschaftslage Grossbritanniens); mit Bezug auf diesen Aspekt lautet die Kernfrage: erleichtert eine Erweiterung der EWG die Lösung dieser Probleme, oder ist der bisherige Rahmen

dafür günstiger? Bern ist der Ansicht - anders als London - dass eine Lösung offensichtlich schon unter den Sechsen beinahe unmöglich ist und dass sie zwischen Sieben überhaupt ausgeschlossen wäre; es ist deshalb anzunehmen, dass der Konsolidierung in der EWG eine Priorität vor der Erweiterung eingeräumt wird und dass die EWG deshalb bis auf weiteres eine introvertierte Integrationspolitik betreiben wird. - Zweitens der politische Aspekt; die neue französische Regierung wird, um den Unterschied zu de Gaulle zu manifestieren, sich flexibler zeigen wollen; die bisherigen Promotoren einer Erweiterung, die bisher wegen de Gaulles Widerstand keine Gefahr liefen, dass ihr Postulat verwirklicht werde, können nun nicht mehr zurück; daraus könnte sich eine neue Richtung ergeben, die u.U. bis zu Konsultationen über die Zulassung neuer Mitglieder, vor allem Grossbritanniens, gehen könnte.

Aber weil die beiden Aspekte gegensätzlich sind, dürfte wohl auf längere Zeit nichts Konkretes heraus schauen. Unter diesen Umständen könnte es nicht ausgeschlossen sein, dass später doch wieder auf die Stufen-Lösungen zurückgegriffen wird, und deshalb sind die Handelsarrangements noch nicht völlig abzuschreiben; auf lange Sicht sind sie vielleicht doch der gangbarste Weg.

Aber auf alle Fälle ist eine Periode der Unübersichtlichkeit, der politischen Schaumschlägerei zu erwarten, und gerade deshalb scheint es wichtig, die schweizerische und die österreichische Haltung in der Integrationsfrage zu koordinieren. Starke Abweichungen könnten in dieser Situation die gute Stimmung in der Schweiz für ein Zusammengehen mit Oesterreich - auch in bezug auf Investitionen etc. - beeinträchtigen.

Herr Weitnauer glaubt, dass die grösste Bedrohung der Arrangements gerade von den Engländern kommt. Man gibt sich dort einem allzu rosigen Optimismus über die Möglichkeiten zu neuen Beitrittsverhandlungen nach dem Rücktritt de Gaulles hin. Dann besteht auch die offensichtlich ernstzunehmende Gefahr, dass Wilson, im Hinblick auf Neuwahlen, jetzt Beitrittsverhandlungen zu forcieren sucht und die Weiterführung dieser Verhandlungen als Element für sich in den Wahlkampf wirft; aus blossen Arrangements hingegen kann kein wahlpolitisches Kapital geschlagen werden.

- 8 -

Herr Waldheim stellt fest, dass sich diese Aussichten mit der österreichischen Auffassung decken. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs werden ja noch weiter dauern, und es wird zuerst sein eigenes Haus in Ordnung bringen wollen, bevor es eine Erweiterung der EWG zulässt. Trotz Bereitschaft zu Konzessionen ist deshalb kaum mit einem baldigen Einschwenken Frankreichs auf eine aufgeschlosseneren EWG-Politik zu rechnen. (Debré meinte zu den Anregungen Reys, die EWG-Kommission brauche ja in jedem Fall ein Mandat der Sechs - wobei er offenbar sagen wollte, dieses Mandat sei nicht ohne weiteres erhältlich.) - Die zweckmässigste Lösung läge wahrscheinlich in der "grossen Freihandelszone", die ja letztlich de Gaulle seinem Gespräch mit Soames zugrundelegte; aber es ist kaum vorstellbar, dass die EWG zugunsten einer grösseren Freihandelszone aufgegeben würde.

Herr Halusa liest einen Bericht vor, nach welchem aus den jüngsten Beratungen in Luxemburg eine grössere Kompromissbereitschaft Dobrés erkennbar sei.

Herr Jolles findet darin eine Bestätigung dessen, was Herr Weitnauer sagte, dass nämlich Schwierigkeiten betreffend Handelsarrangements weniger seitens der Sechs, als vielmehr seitens der Briten zu erwarten sind. - Was die "Grosse Freihandelszone" betrifft, so liesse sich vorstellen, dass nach einem Zustandekommen von Arrangements entweder eine grössere Freihandelszone gebildet würde, in der die EWG ihren festen Platz hätte, oder eine offene grosse Freihandelszone; die Weiche würde offen gelassen bis nach Realisierung der Arrangements.

Herr Thalmann erwähnt als Problem am Rande des Integrationskomplexes jenes der Technologie. - Holland, die BRD und Grossbritannien verfolgen Pläne betreffend Anreicherung von Uran mittels Ultrazentrifugen, im Gegensatz zur bisherigen Gasdiffusionstechnik. Es scheint, dass Abmachungen zwischen den drei Ländern schon recht weit gediehen sind. Angeblich werden sich, nach einem Treffen in Bonn vom 9. Juni, auch weitere Länder am Unternehmen beteiligen können, das eventuell in Form einer Holdinggesellschaft aufgezogen werden könnte. Im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung auf dem

./.

Energie-Sektor kommt dieser Frage grosse Bedeutung zu, wobei auch neutralitätspolitische Aspekte zu berücksichtigen sind.

Hat sich Wien schon mit dieser Frage beschäftigt, und zu welchen Schlussfolgerungen ist man dort allenfalls gelangt? Die Schweiz hat sich noch nicht entschlossen, bereits ein konkretes Interesse zu bekunden.

Herr Waldheim weist darauf hin, dass man sich in Osterreich eingehend mit dieser Frage befasst hat, insbesondere anlässlich des Besuches von Minister Stoltenberg. In der Tat bestehen Pläne, bis spätestens Ende des Jahres eine Art Holdinggesellschaft zu gründen, an der sich Drittländer finanziell und kommerziell beteiligen und Uran billiger beziehen könnten. Wien hat aber bisher eine abwartende Stellung eingenommen. Stoltenberg war übrigens sehr offen: er erklärte, obschon die Methode wirklich günstiger sei, werde sich erst noch zeigen müssen, ob die Produktion tatsächlich billiger zu stehen komme. - Kürzliche Verhandlungen mit den USA über Lieferungen von angereichertem Uran für Atomkraftwerk in der Nähe der Donau beziehen sich nur auf kurze Fristen; man will absichtlich zuwarten, wie sich die neue Gewinnungsmethode bewährt. Es wurde auch noch keine Entscheidung getroffen, ob und wie sich Osterreich beteiligen soll.

Herr Spühler weist auf die zahlreichen Beispiele ausgezeichneter Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Osterreich an internationalen Konferenzen, z.B. betreffend Intelsat, hin; er drückt die Hoffnung aus, dass diese Kooperation sich fortsetzt.

Herr Jolles äussert in diesem Zusammenhang die Bitte, eine sich abzeichnende schweizerisch-österreichische Kollision im Schosse der OECD zu vermeiden: im Februar haben die beiden Länder sich dafür eingesetzt, dass Richtlinien aufgestellt werden, um die bisherige einseitige Benachteiligung des Fremdenverkehrs bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu verhindern. Die österreichische Delegation brachte dann im Comité des transactions invisibles einen Vorschlag ein, der im direkten Widerstreit steht zu den schweizerischen ausserwirtschaftlichen Grundsätzen. Es liesse sich sicher eine gemeinsame Formel finden, die das gewünschte Ziel ohne Benachteiligung von Exportinteressen anvisiert.

- 10 -

Herr Waldheim erklärt, dass er über diese Frage nicht orientiert sei, da die OECD nicht in die alleinige Kompetenz des Aussenministeriums fällt. Er dankt aber für die Anregung Jolles; auch Oesterreich ist ja ein exportorientiertes Land.

Herr Spühler wirft die Frage der Beteiligung an der UN-Aktion in Zypern auf; wie sind die österreichischen Erfahrungen hiezu? Oesterreich beteiligt sich ja nicht nur finanziell, wie die Schweiz, sondern auch personell. Wird die österreichische Aktion fortgesetzt?

Herr Waldheim bejaht, betont aber, dass die finanzielle Belastung recht gross ist; 80'000 US \$ pro Semester. An sich erachtet man in Wien die Teilnahme an solchen Friedensaktionen als nützlich. In Zypern würden nach einem Abzug der UN-Truppen bestimmt wieder Feindseligkeiten ausbrechen, da sich die Volksgruppen selbst nicht einigen können.

Herr Spühler fragt, ob Wien sich auf Grund der in Zypern gemachten Erfahrungen in andern Fällen wieder beteiligen würde.

Herr Waldheim antwortet, dass die Erfahrungen in Zypern gut waren, was auch der Grund dafür war, dass man Beobachter-Offiziere an den Suez-Kanal entsandt hat. Wien glaubt, dass eine Mitwirkung auf diesem Gebiet im österreichischen Interesse, auch vom Standpunkt der Neutralität und Humanität aus, liegt. Vorläufig bestehen keine Anzeichen dafür, dass hier eine Aenderung eintritt, höchstens aus finanziellen Gründen.

Herr Thalmann kommt auf die holländische Initiative zu sprechen, eine Gruppe von Neutralen zu bilden, die sich dafür einsetzen sollten, Tagesflüge nach Biafra zu ermöglichen, was natürlich die Kosten der Versorgung der Zivilbevölkerung ganz bedeutend verringern würde. Leider war die Initiative schlecht vorbereitet und hatte darum auch keinen Erfolg. Insbesondere war der Vorstoss weder abgesprochen noch abgestimmt worden mit dem IKRK-Kommissar Lindt. Nachdem dieser Kommissar u.a. gerade eine Koordinations-Funktion hat, wäre es angezeigt gewesen, mit ihm in Kontakt zu treten. An sich hätte eine Demarche von zwölf Staaten bestimmt ein gewisses Gewicht, aber nur, wenn sie gut vorbereitet ist; Herr Thalmann wäre dankbar, wenn Wien in Den Haag sich entsprechend einsetzen würde.

./.

- 11 -

Herr Waldheim stellt fest, dass Wien sich gegenüber der Einladung Luns' zuerst zurückgehalten hat; die meisten dieser Initiativen sind nicht sehr gut vorbereitet, und entsprechend sind die Chancen gering zu beurteilen. Die humanitären Ueberlegungen, die dem holländischen Plan zugrundeliegen, sind zu anerkennen; doch lehrt die Erfahrung, dass solche Appelle in Nigeria von den Regierungen zurückgewiesen werden, und damit ist nichts gewonnen. Wien ist deshalb vorsichtig geworden. Man ist aber gerne bereit, die Anregung von Herrn Thalmann aufzugreifen.

Herr Spühler dankt für diese Zusage; schweizerischerseits liegen somit keinerlei Themen mehr vor.

Herr Waldheim kommt noch auf den Atomsperrvertrag und das CERN zu sprechen.

Bezüglich den Sperrvertrag ist die Auffassung Wiens bekannt: die Vorteile überwiegen die Nachteile. Allerdings ist Oesterreich kein "Schwellenstaat". Von den Bulgaren war zu erfahren, dass sie den Vertrag erst nach der Ratifizierung durch die BRD ratifizieren werden, während Moskau dies wahrscheinlich unmittelbar nach der Ratifizierung durch die USA tun wird; dasselbe dürfte für Warschau der Fall sein. Es ergibt sich daraus, dass hierüber im Ostblock offenbar keine einheitliche Auffassung herrscht.

Zur Frage des CERN möchte Herr Waldheim nochmals die Bitte wiederholen, dass schweizerischerseits, nachdem ja die Schweiz keine Kandidatur für die Aufstellung des Super-CERN angemeldet hat, die entsprechende österreichische Kandidatur unterstützt werden möge. Debré erklärte, er sei gerne bereit, die österreichische Kandidatur zu unterstützen, falls Frankreich mit seiner Kandidatur nicht durchdringe. Der österreichische Vorschlag wird als geologisch sehr gut beurteilt, wenn auch verkehrsmässig abgelegen; dem kann aber durch Bau einer Verbindungsstrasse nach Wien abgeholfen werden.

Wie Herrn Spühler bekannt ist, hat ein österreichischer Abgeordneter im Parlament einen Vorstoss auf Schaffung einer österreichisch-schweizerischen Zollunion unternommen. Offiziell hat Wien diese Sache noch nicht aufgegriffen, doch wurde dem Initiator in Aussicht gestellt, man werde die Angelegenheit in der Schweiz besprechen.

./.

- 12 -

Vielleicht könnte Herr Bielka das Problem einmal mit den zuständigen Schweizer Herren durchdiskutieren. Es fragt sich, ob die Sache auf parlamentarischer Ebene weitergeführt werden soll oder auf Regierungsebene; sie wurde hier nicht offiziell zur Sprache gebracht, sondern nur für alle Fälle erwähnt.

Zum Mittlern Osten nimmt Wien den Standpunkt ein, dass es angezeigt ist, wenn sich die Grossmächte nun mit der Frage befassen, nachdem es Jarring bisher nicht gelungen ist, eine Lösung zu finden. Zwar sind die Israelis dagegen, weil sie eine Zwangslösung befürchten; Wien ist aber der Ansicht, dass die Grossmächte eine besondere Verpflichtung für die Erhaltung des Friedens haben, und deshalb ist die Berechtigung gegeben, dass sie sich einschalten. Ein allfälliger Lösungsvorschlag würde dann wahrscheinlich den Parteien durch Jarring unterbreitet.

In Vietnam scheint sich eine gewisse Auflöserung anzubahnen, obschon eine Lösung noch in weiter Ferne sein dürfte.

Herr Spühler erläutert, dass der Vorschlag zu einer Zollunion ziemlich überraschend anlässlich eines Besuches österreichischer Parlamentarier bei ihm fiel. Er hat damals recht allgemein geantwortet, und er möchte dies auch jetzt tun. Das Problem der europäischen Integration ist derart bedeutungsvoll, dass die Idee einer Zollunion der Idee der gesamteuropäischen Integration untergeordnet werden sollte; irgendwelche Sonderaktionen dürfen das grosse Ziel nicht beeinträchtigen.

Herr Weitnauer weist darauf hin, dass die technische Vorbereitung einer Zollunion ausserordentlich zeitraubend ist, ebenso die Durchführung. Falls der Gedanke weiter gesponnen werden soll, dann muss viel Zeit aufgewendet werden. Bisher fand in dieser Sache lediglich ein Gespräch in Wien zwischen Herrn Reiterer und Herrn Weitnauer statt. Man könnte eventuell vorerst eine "Pilot Study" anstellen, in der die Auswirkungen einer Zollunion auf die beiden Volkswirtschaften untersucht würden. Später wären sehr eingehende Beratungen nötig, Regierungsentscheide, politische Entscheide.

Herr Jolles wirft ein, dass all dies natürlich als sehr vertraulich zu behandeln ist, da bei einer Erörterung vor der Öffentlichkeit sofort mit Spekulationen zu rechnen ist.

./.

Herr Waldheim glaubt, dass sich wegen dem Stocken der gesamt-europäischen Integration im Publikum eine gewisse Unruhe bemerkbar macht; dieselbe Erscheinung hat er in den Couloirs in Genf festgestellt. Auf diese Stimmung sind solche Vorstösse zurückzuführen, die auf die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen sich nahestehenden Staaten abzielen. (Das selbe lässt sich ja auch im nordischen Raum feststellen.)

Herr Spühler anerkennt dies durchaus. Es gibt zwei Interessenssphären, jene der einzelnen Länder, und jene der Gemeinschaft der Länder. Er glaubt, dass die von Herrn Weitnauer erwähnte Studie einen ersten Schritt darstellen kann, und unterstreicht nochmals, dass alles mit Vorsicht gegenüber der Oeffentlichkeit zu behandeln ist.

Der schweizerische Standpunkt zum Sperrvertrag ist ebenfalls bekannt: die schweizerische Haltung hängt von der Haltung der Nachbarn, insbesondere der Bundesrepublik, ab. Zudem stellt sich auch die Frage der militärischen Zweckmässigkeit, wobei die Auffassungen etwas auseinandergehen: die Militärs wollen sich grundsätzlich jede Möglichkeit offen halten, während die realen Möglichkeiten des Kleinstaates wohl eher zurückhaltend zu beurteilen sind. Grundsätzlich steht aber die Schweiz dem Sperrvertrag positiv gegenüber, und lediglich der Zeitpunkt des Beitrittes ist noch offen.

Herr Thalmann erläutert zur Standortfrage des Super-CERN, dass in einer Prüfung der verschiedenen vorgeschlagenen Möglichkeiten durch schweizerische Spezialisten die Wahl an sich nicht auf den österreichischen Standort fiel. Angesichts der zahlreichen Kandidaturen ist die Frage im Augenblick wohl noch nicht spruchreif. Sollte sich im Laufe der "Ausscheidungen" herausstellen, dass der österreichische Standort sich herauskristallisiert, dann besteht kein Grund, warum die Schweiz die österreichische Kandidatur nicht unterstützen sollte. Das Problem liegt darin, dass gewisse Staaten ihre finanzielle Beteiligung davon abhängig machen, dass das Super-CERN auf ihrem Territorium lokalisiert wird.

- 14 -

Herr Waldheim weist darauf hin, dass der österreichische Standort Vorteile mit Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Osten bringen würde. Herr Spühler versichert, dass schweizerischerseits das Problem in diesem Sinne geprüft werde.

Herr Waldheim erkundigt sich noch, ob irgendwelche neuesten Informationen über den Fortgang der New-Yorker Nahost-Verhandlungen vorliegen, was von

Herrn Spühler verneint wird. Er teilt übrigens die Auffassung von Herrn Waldheim, dass hier eine Verantwortung der Grossmächte vorliegt. Andererseits wird ein aufgezwungener Friede kaum von Dauer sein können.

Abschliessend dankt er für die Gelegenheit zur Aussprache und spricht die Hoffnung auf eine baldige nächste Gelegenheit hiezu aus.

Herr Waldheim dankt seinerseits für das Gespräch und wiederholt die Einladung an Herrn Spühler zu einem Besuch in Wien, wo der Meinungsaustausch fortgesetzt werden könnte.

Herr Spühler dankt für die Einladung und ist gerne bereit, sie anzunehmen, wobei er den Zeitpunkt noch offen lässt.

Schluss des Gesprächs: 18.15 Uhr